

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleiste:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Unser Verband in der 30. Kriegswoche.

Für die Woche vom 21. bis 27. Februar wurden aus 429 Verwaltungsorten des Verbandes Berichte gefandt über die Mitgliederbewegung und über die Arbeitslosigkeit. In diesen Orten befanden sich zu Beginn der Woche (einschließlich Neuaufnahmen und Zureisen im Laufe der Woche) 316129 Mitglieder. Davon meldeten sich im Verlauf der Woche 3861 ab (darunter 1994 zum Militär), so daß am Schlusse der Woche 312268 Mitglieder verblieben. Nicht eingereichten sind die Berichte von Bromberg, Glogau, Eisenberg, Göttingen, Koburg, Rudolfsstadt, Zangernünde, Helbe, Schleswig, Neunwieh, Singen, Zweibrücken, Goldmühl und Lindau.

Die Zahl der Arbeitslosen in den 429 Orten, die Berichte ein sandten, belief sich auf 6581, das sind 2,1 Prozent der Mitglieder. In der Woche vom 14. bis zum 20. Februar betrug diese Verhältniszahl 2,3 Prozent; es trat also wiederum ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ein.

Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in den Bezirken zeigt folgende Tabelle:

Übersicht über die Zeit vom 21. bis 27. Februar 1915.

Bezirk	Wochenanfang	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederabgang	Davon zum Militär	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. Bezirk	34	7487	65	12	7402	79	1,1	504
2. "	23	6928	98	56	6825	111	1,6	978
3. "	33	9450	105	39	9345	164	1,8	915
4. "	58	49084	641	349	48443	804	1,6	3553
5. "	78	37188	471	298	36712	312	0,8	1211
6. "	42	41571	599	268	41072	314	0,7	1904
7. "	39	34614	1027	468	33587	121	0,4	890
8. "	27	14645	286	185	14379	167	1,1	375
9. "	51	23975	318	134	23657	2062	8,7	4920
10. "	45	26474	331	190	26143	1260	4,8	4049
11. "	1	64748	?	?	64473	1197	1,8	4767
<b>Zus.</b>	<b>429</b>	<b>316129</b>	<b>3861</b>	<b>1994</b>	<b>312268</b>	<b>6581</b>	<b>2,1</b>	<b>24061</b>

Zus. 429 316129 3861 1994 312268 6581 2,1 24061  
\* Einschließlich der im Laufe der Woche Zureisenden und Neuaufgenommenen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war in der Berichtswochen am größten im dritten und zehnten Bezirk mit 0,7 Prozent; im neunten Bezirk waren 0,4 Prozent Arbeitslose weniger, im ersten und elften Bezirk 0,3 Prozent weniger. Am geringsten ist die Zahl der Arbeitslosen im siebenten Bezirk mit nur 0,4 Prozent Arbeitslosen; die größte Zahl von Arbeitslosen hat der neunte Bezirk mit 8,7 Prozent (Pforzheim).

Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beliefen sich auf 24061 M. Bei Berechnungen auf den Kopf der Unterstützten ist zu beachten, daß ein größerer Prozentsatz der Arbeitslosen weibliche Personen sind.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswoche	Verwaltungstellen haben	Be-richt	nicht be-richt.	Zahl der zum Militär ein-gezeichneten Mitglieder	Mitgliederzahl zu Beginn der Woche	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Arbeitslose	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1. August 1914	—	—	—	—	538814	13132	2,5	—	—
1.-4. Sept. 2. bis 23. 8.	422	30	—	143345	377786	78855	19,5	1237091	—
5.-8. " 30. 8. = 26. 9.	384	68	—	15391	351804	50431	14,3	1625079	—
9.-13. " 27. 9. = 31. 10.	433	13	—	13468	348271	27727	7,9	198669	—
14.-17. " 1. 11. = 28. 11.	433	13	—	9850	338472	16793	4,9	454173	—
18.-22. " 29. 11. = 2. 1. 15.	415	30	—	11091	323565	12758	3,9	295060	—
23.-26. " 3. 1. = 30. 1. 15.	422	20	—	7117	316822	8318	2,6	133122	—
27. " 31. 1. = 6. 2. 15.	427	15	—	1933	315844	8339	2,6	27332	—
28. " 7. 2. = 13. 2. 15.	430	12	—	2034	315088	7670	2,4	29507	—
29. " 14. 2. = 20. 2. 15.	428	15	—	1857	313658	7273	2,3	24908	—
30. " 21. 2. = 27. 2. 15.	429	14	—	1994	312268	6581	2,1	24061	—
<b>Zusammen</b>	<b>429</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>207578</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>5069502</b>

### Ein Buch über den Weltkrieg.

In unserer Besprechung der kleinen Druckschrift von Laufenberg und Wolffheim über Imperialismus und Weltkrieg (Nr. 10, Seite 40) fragten wir am Schlusse die Verfasser, ob nach ihrer Meinung der Sieg Deutschlands erwünscht oder unerwünscht sei. Aus ihrer Schrift geht es nämlich nicht her vor. Diesmal haben wir über ein Büchlein des Genossen Paul Lensch\* zu berichten, das sich frank und frei auf den Standpunkt stellt, daß der Sieg Deutschlands und seiner Verbündeten in jeder Weise dem Fortschritt diene, eine Niederlage dagegen mit der Sache der Freiheit unvereinbar sei. Eine solche Sachlage kann der deutschen organisierten Arbeiterklasse ja recht sein. Immerhin wird aber manchen, der mehr gewöhnlich zu dieser Ansicht gekommen ist, gerne ihre Begründung lesen.

In der Einleitung sagt Lensch, daß es der deutschen Sozialdemokratie schwerer falle, als der Sozialdemokratie irgend eines anderen großen Landes, sich in dem gegenwärtigen Umwälzungsprozess zurechtzufinden. Seit sie zu einer Massenpartei heranwuchs, hat sie sich fast stets nur mit der inneren Politik beschäftigen müssen, mit Arbeiterfragen, Sozialpolitik, Versicherungsgeetzgebung, Wahlreform, Zoll- und Steuerfragen, Rüstungspolitik, Vereinigungsgesetze etc. Dabei hatte sie und überhaupt die ganze deutsche Arbeiterklasse immer wieder die deutsche Regierung gegen sich. Keine Sozialdemokratie eines parlamentarischen Landes hat die Regierung so unerzüt-

lich, so schonungslos öffentlich angeklagt, hat die Mißstände in Herr und Verwaltung, in der gesamten inneren Politik so offen dargelegt wie die deutsche Sozialdemokratie. Im Ausland, besonders in England traten die Arbeitervertreter im Parlament bei weitem nicht so entschieden auf. Die deutsche Arbeiterklasse gewöhnte sich denn auch daran, in der Regierung ihres Landes den eigentlichen Feind zu erblicken, der, wie er in der inneren Politik unrecht hatte, ohne Zweifel auch in der äußeren Politik unrecht haben müsse. Immer wieder wurde ihr das Ausland als leuchtendes Beispiel vorgehalten, besonders England. Dies trug dazu bei, in der deutschen Arbeiterklasse ein falsches Bild vom Ausland zu erwecken. Diese Schwäche des Urteils dem Ausland gegenüber hat ihre Wurzeln in der größten Stärke der Partei, in ihrer Internationalität. Vorzüge des Auslandes freudig anerkennen, ist eine der besten Eigenschaften, und in keinem Punkte vielleicht erweist sich die deutsche Sozialdemokratie als so national, wie gerade in diesem. Das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke des deutschen Volkswesens. Allerdings erschwert sie es uns, wie gesagt, uns in dieser Zeit zurechtzufinden.

Von diesem Kriege sagt Lensch auf Seite 9, daß er zweifellos „imperialistischer Wurzel entstamme“. (Imperialismus ist nach Kautskys Erklärung „der Drang jeder hochentwickelten industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird.“) Lensch drückt sich vorsichtig aus, denn nach seiner Meinung ist der Imperialismus nicht allein Ursache des Krieges. Er untersucht sodann die imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren. Er hält es also nicht für nötig, auf die Zeit vor Anno Lobat zurückzugehen, auf die Zeit, wo die in Herden mit „primitiver Demokratie“ zusammenlebenden vorgeschichtlichen Menschen noch keinen „Kobal“ kannten. Das mag „nicht wissenschaftlich“ sein, immerhin kommt der genannte Zeitraum für uns Deutsche besonders in Betracht, weil in ihm das Deutsche Reich die Entwicklung durchgemacht hat, die es in Englands Augen als den gefährlichen Wettbewerber erscheinen lassen, der unter allen Umständen unterdrückt werden muß, einerlei unter welchem Vorwande. Nach 20 Jahre nach der Reichsgründung erschien die weltpolitische Entwicklung Deutschlands so geringfügig, daß England ihm, freilich gegen gute Bezahlung, die Insel Helgoland abtrat. Nach weiteren 20 Jahren standen beide Mächte dicht vor dem Kriege. Die wachsenden kapitalistischen Kräfte des Deutschen Reiches suchten im Ausland neue Betätigungsfelder, wodurch sich unvermeidlich das englische Unternehmertum benachteiligt fühlte. Deutsches Kapital half durch den Ausbau der Bagdadbahn dem türkischen Reich bei seiner inneren Erstarkung, was wiederum Rußland nicht paßte. Auch England wünschte die Fertigstellung der Türkei, wenn auch aus anderen Gründen als Rußland. Es ist nicht möglich, aus der gedrängten Schilderung Lensch' hier noch einen Auszug zu machen, der der Sache auch nur einigermaßen gerecht wird. Die Beurteilung, die Lensch der Politik der deutschen Regierung angedeihen läßt, ist verhältnismäßig milde. Man mag dies für richtig halten oder nicht, immerhin wird man — wenn auch Lensch dies nicht geradezu ausspricht — zugestehen müssen, daß es über kurz oder lang doch zu diesem Kriege gekommen wäre, auch wenn die deutsche Regierung nicht das getan hätte, was man ihr seinerzeit alles als Fehler angerechnet hat. Wenn Deutschland einen Krieg mit England hätte vermeiden wollen, so hätte es ein Agrarstaat mit kümmerlicher Industrie bleiben müssen, seine Bodenschätze nicht auszunutzen dürfen und sein Verdienst an Industriewaren gegen schweres Geld in England bedenken müssen. Was dann wirtschaftlich und politisch aus der deutschen Arbeiterklasse geworden wäre, darum hätte sich die englische Kapitalistenklasse ebenso wenig gekümmert, wie um die Bevölkerung der von ihr ausgelegenen Kolonien. Das liegt eben in der Entwicklung des Kapitalismus und hat mit der persönlichen Güte oder Schlechtigkeit seiner Vertreter nichts zu tun. Bei diesen kommt höchstens in Betracht, wie weit sie der wahren Sachverhalt ehrlich zugeben, anstatt ihn heuchlerisch hinter „edlen“ oder „ritterlichen“ Vorwänden zu verstecken, wie die britischen Machthaber es bei der deutschen „Verletzung“ der gar nicht mehr vorhandenen gemeinsamen belgischen Neutralität gemacht haben. Daß der Krieg nun gerade jetzt kommen mußte, schreibt Lensch der russischen Politik zu. Der Zarismus stand vor der Frage: Staatsbankrott oder Krieg? und das Attentat in Sarajewo war nur noch der Schneeball, der die Lawine in Bewegung setzte.

Unsere Bemerkungen über die Vermeidbarkeit des Krieges finden ihre Bestätigung im dritten Abschnitt des Buches von Lensch, der von der englischen Welt herrscht und ihrer Erschütterung durch den Krieg handelt. Auf den 13 Seiten, die Lensch für diesen Abschnitt braucht, konnte er natürlich nur einen kurzen Abriss der Sache geben. Dieser Abriss ist aber anregend geschrieben. Die Bemerkungen über die Ursachen des englischen Freihandels führen zum Beispiel zu der Frage, ob in anderen Ländern die gleichen Ursachen vorhanden sind. Lensch weist ferner darauf hin, daß sich in der englischen Wirtschaftspolitik ein Plan von einer „gigantischen Arbeitsteilung“ zwischen England und der übrigen Welt verfolgen läßt. England sollte die „Werkstatt der Welt“ sein, die die übrigen Länder mit industriellen Bedarfsgegenständen versorgte und die übrigen Länder sollten nach England Rohstoffe und Lebensmittel liefern. Selbstverständlich sollte dieser Grundsatz vor allen Dingen für die britischen Kolonien gelten. Im 18. Jahrhundert waren die englischen Politiker noch zu plump bei der Befolgung dieses Grundsatzes, was die Kolonisierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Folge hatte. Seitdem sind sie schlauber geworden. Solchen Kolonien wie Australien, Kanada und Südafrika mußten sie, um sie nicht ganz zu verlieren, ziemlich weitgehende Selbstverwaltung gewähren und sie können sie auch nicht mehr in so unerhörter Weise ausbeuten, wie es zum Beispiel noch in Ostindien geschieht. Bei dieser Kolonie, deren Bevölkerung nur durch rücksichtslose Gewalt niedergehalten wird, ist von Selbstverwaltung, Staatenbund und dergleichen nicht die Rede, obgleich Eng-

land wohl gerade ihr den größten Teil seines Reichtums verdankt. Diese Entwicklung bedeutete für England, wie Lensch auf Seite 18 sagt, „berauschenden Reichtum, Kultur, Fortschritt, Liberalismus, Entwicklung auf allen Gebieten, und in den zwei Jahrzehnten von 1850 bis 1870, wo diese herrliche Aussicht Wirklichkeit zu werden schien, war England das Musterland schlechthin. Der Abstand von den armseligen Verhältnissen der Kontinentalstaaten war gewaltig, und es war schon begreiflich, wenn das große und freie Leben dieses Staates einen unwiderstehlichen Zauber auf die freiesten Köpfe des Kontinents ausübte... England war stets der gasföliche Boden für alle Flüchtlinge der Revolution, für alle Soldaten der Freiheit, es war das einzige Land, wo es ein wirkliches öffentliches Leben gab, wo man — welsch unfahbarer Gedanke für einen Kontinentalen aus der Zeit Napoleons III. und Friedrich Wilhelms IV. — nicht ständig unter Polizeiaufsicht stand und seine Ansichten frei vertreten durfte.“ Lensch hätte noch hinzufügen können, daß England nur unter der Voraussetzung Gattfreundschaft gegen die Flüchtlinge der Revolution übte, daß sie das englische Staatswesen in Ruhe ließen. Gegen die übrigen Länder durften sie dann unternehmen, was sie Lust hatten. Ueberhaupt beruht, wie Lensch auf Seite 20 sagt, die vielgerühmte englische „Freiheit“ auf der Knechtung der übrigen Welt. Unter diesen Umständen konnte man den Engländern daheim verhältnismäßig große Freiheit gewähren, auch konnte die britische Arbeiterklasse, wenigstens soweit sie den gelehrten Berufen gehörte, mit den Unternehmern sehr wohl eine gewisse „Harmonie der Interessen“ haben. Beide schoren eben gemeinschaftlich die ausländischen Verbraucher. Als sich aber auch auf dem Festlande Europas und besonders in Deutschland die Industrie entwickelte, wurde die Sache anders. Es entstand das von den Unternehmern so beklagte labour unrest unter der Arbeiterschaft. Diese, die bisher sich so gedulbig von den beiden großen bürgerlichen politischen Parteien hatte leithammeln lassen, forderte eigene Sitze in der Volksvertretung. Es entstand die Arbeiterpartei und der Sozialismus, dessen Anhängerzahl in England bisher nicht über fettenmäßige Kleinheit hinausgekommen war, fing an, auch in der Masse Fortschritte zu machen. Lensch sagt auf Seite 24:

„Sprach doch schon vor Jahren Lloyd George von der drohenden Rebellion der englischen Arbeiter. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, war die Beteiligung am Weltkriege für die englische Bourgeoisie nichts anderes als die Flucht vor dem Sozialismus. Ein Sieg in diesem Kriege gab die Möglichkeit, die bedrohte Welt herrschaft neu zu fundieren und damit der stetig steigenden inneren Schwierigkeiten mit einem Schläge Herr zu werden. War Deutschland niedergeschlagen, der deutsche Handel ruiniert, die deutsche Kriegs- und Handelsflotte vernichtet, das Land selber zerstört und gezwungen, die übriggebliebenen Kräfte zu furchtbaren, aber für England recht erfreulichen Landrüstungen gegen Rußland und Frankreich hinzugeben, wer wollte sich dann noch der neuerrichteten Welt herrschaft Englands widersetzen? Die Zeit rasend hoher Profite würde wiederkehren und mit ihr die Ruhe im Innern. Englands Gewerkschaften würde wieder der proletarische Mühselknecht Europas werden, der nichts gelernt und nichts vergessen hat, und nicht nur Englands Seeherrschaft würde unerschütterter denn je bestehen, sondern auch vor allem die gesamte Kapitalherrschaft. In der Tat, wenn es ein Mittel gäbe, den internationalen Befreiungskampf des Proletariats gegen den Kapitalismus auf Jahrzehnte zurückzuwerfen, so wäre es der Niederbruch des Deutschen Reiches in diesem Kriege gegen England. Das gerade jetzt sich zum Durchbruch ringende Solidaritätsgefühl der britischen Arbeiterklasse mit dem Proletariat des Auslandes wäre wieder erstarkt und ihr Interesse an der Ausbeutung der Welt durch ihre eigenen Ausbeuter wäre wieder hergestellt... Die bisherige Kerntruppe der Internationalen, die deutsche Sozialdemokratie, würde durch die Niederlage und Abdrosselung des Reichs in ihren Kräften gebrochen, die englische Arbeiterklasse im Lager des Kapitalismus, die übrigen Länder noch zu unterentwickelt — in der Tat: der Sozialismus könnte zufen: wer da? und würde lange Jahrzehnte keine Antwort mehr erhalten!“

Umgekehrt liegt der Sturz der englischen Welt herrschaft nach Lensch „vollkommen in der Linie des geschichtlichen Fortschritts und der wirtschaftlichen Entwicklung.“ Uns erscheinen diese Ausführungen von Lensch ja recht einleuchtend; die Baillant, Guesde, Sembat, Hyndman, Branting, Grimm etc. werden aber wohl wenig entzückt davon sein. Die Gegnerschaft des Klassenbewußten Proletariats gegen den Krieg überhaupt wird dadurch selbstverständlich ganz und gar nicht berührt, wie Lensch auch auf Seite 27 bemerkt.

Ueber die Abschnitte IV und V, die von russischen Zarismus und von Frankreich handeln, könnten wir hier noch manches sagen. Es würde aber zu weit führen. Selbstverständlich ist auch Lensch der Meinung, daß nur das russische Volk selber für seine Befreiung sorgen kann und muß (Seite 34 und 36). Ferner stellt Lensch ausdrücklich fest, daß in Deutschland kein Paß gegen Frankreich herrscht. Er hätte das auch sagen können, als er vom englischen und vom russischen Volke schrieb. Daß er das unterlassen hat, wird ihm mäßigerweise den Vorwurf einzutragen, daß er einen Haß gegen diese Völker hege. Gewiß, dieser Vorwurf ist lächerlich, aber wir haben unsere Erfahrungen. Hat man doch auch schon der Metallarbeiter-Zeitung den Vorwurf gemacht, daß sie „ins nationalistiche Fahrwasser geraten“ sei. Selbstverständlich wird es den ür-

\* Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Eine politische Studie von Dr. Paul Lensch. Berlin 1915, Verlag der Buchverlagung Vorwärts. 52 Seiten, Preis 20 s.

\* Bei dieser Gelegenheit mag noch bemerkt sein, daß Lensch die im November vorigen Jahres durch die deutsche Presse gegangene und auch von uns in den Nr. 48 u. 51 gebrachte Stelle aus dem Vorwort zum Buchband des britischen Eisen- und Stahlarbeiter-Verbandes (einer verhältnismäßig unbedeutenden englischen Metallarbeiterorganisation) zu übersehen scheint, worin die Mitglieder aufgefordert werden, ihre Unternehmung Handelskrieg gegen Deutschland zu unterstützen. Es ist uns gelungen, einen Teil der seit Kriegsausbruch erschienenen Nummern der Verbandsschrift der bekanntesten britischen Metallarbeitergewerkschaften zu erlangen. Wir haben darin zu unserer Freude gefunden, daß diese Schriftsteller in durchaus anständiger Weise zum Kriege Stellung nehmen. Wir werden in einer unserer nächsten Nummern darüber berichten.

hebern dieses Wortes schwer fallen, etwas anzuführen, was auch nur entfernt einem Verweise ähnlich sieht, aber zu der beliebten Stimmungsmacherei ist das ja auch nicht nötig.

Der längste Abschnitt in dem Büchlein ist der letzte. Er ist überschrieben „Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft“. Da kann man allerdings wohl glauben, daß Lenßig manches zu rosig ansieht. Es ist zwar mit Lenßig anzunehmen, daß der Krieg einen näheren wirtschaftlichen Anschluß an Oesterreich-Ungarn zur Folge haben wird. Lenßig sieht schon ein Groß-Deutschland entstehen, einerlei, wie seine staatsrechtliche Form aussehen mag, eine Vollendung des Begonnenen in den Kriegen von 1866 und 1870. Für das deutsche Proletariat ist die von Lenßig auf Seite 49 aufgeworfene Frage die wichtigste: „Wird das Deutschland der Zukunft ein Bollwerk der Reaktion oder der Freiheit sein?“ Zur Beantwortung dieser Frage schildert Lenßig zunächst in prächtiger Sprache die Entwicklung des Deutschtums nach der materialistischen Geschichtsauffassung, ferner den Einfluß der Arbeiterbewegung darauf und kommt zu dem Schlusse, daß der nationale Aufstieg den sozialen Aufstieg zur Voraussetzung hat und daß die Sozialdemokratie weit entfernt ist, ein Hemmschuh oder gar ein Gegner der nationalen Kulturgemeinschaft zu sein, sondern im Gegenteil ihr vorzüglichster Förderer. Dies zeigt sich auch beim gegenwärtigen Weltkrieg. Unbedenklich kann man Lenßig zustimmen, wenn er auf Seite 55 sagt, „daß die Entwicklung zur Demokratie innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ein Zwangsgesetz ist, unabhängig von dem Wohl- oder Uebelwollen der Staatsmänner, ja, daß die sozialen Unruhen und Erschütterungen im Grunde genommen von dem Widerstande sich herleiten, den die herrschenden Klassen und ihre Wortführer diesem großen und zwingenden Entwicklungsgesetz des Kapitalismus noch leisten. Im zukünftigen Groß-Deutschland werden diese demokratischen Entwicklungstendenzen an sich selbst gewaltig steigern, nicht bloß, weil es dem Kapitalismus ein günstigeres Ausbreitungsmittel liefert, sondern vor allem, weil nach der definitiven Lösung der deutschen Frage durch den Weltkrieg ein ganz anderer Wind durch Europa wehen wird.“ Lenßig begründet diese Ansicht durch den Hinweis darauf, daß bisher die politischen Verhältnisse Deutschlands mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nicht Schritt gehalten hätten. Auch hat die Kriegsgefahr seit 1871 die Entwicklung der Demokratie gehindert. Eine Verringerung der Kriegsgefahr werde auch größere innere Freiheit zur Folge haben. Lenßig übersehen, daß das Unternehmertum in Deutschland auf dem Gebiete der inneren Politik zum großen Teil mindestens ebenso rückschrittlich gesinnt ist wie die sonstigen Vertreter der Reaktion. Wir erinnern nur an verschiedene Kundgebungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Uns ist nicht bekannt, daß diese einflussreiche Unternehmerorganisation sich vorgenommen hat, ebenfalls umzulernen. Lenßig führt auf Seite 60 eine Aeußerung des bekannten Weltpolitikers Mohrbach an, daß Deutschland im Ausland gerade deshalb so unbeliebt sei, weil es neben Rußland als der Hort der Reaktion gilt. Wir sind noch nicht davon überzeugt, daß einflußreiche Kreise in Deutschland nicht lieber noch wie vor den Haß des Auslandes auf sich und ihre Vorgesetzten haben werden, um nur nicht ein Fortschreiten der Demokratie in Deutschland zugeben zu müssen. Sollte es nach dem Kriege anders kommen, so werden wir es gerne anerkennen. Recht hat ja Lenßig, wenn er sagt, daß von der freiwilligen Entwicklung des künftigen Deutschlands jagor das Kapital noch Vorteil haben wird (Seite 59) und daß jener der Kapitalismus „letzten Endes doch für uns arbeiten muß“ (Seite 23); es gibt aber immer noch gar zu viele Leute in Deutschland, die glauben, dies durch Unterdrückung der Arbeiterklasse abwenden zu können.

Auch stimmen wir Lenßig gerne zu, wenn er am Schlusse sagt, daß die Internationale neu ersehen wird und daß die Lehren des Weltkrieges nicht an ihr vorbeigehen werden. Hoffentlich wird das Letztere aber auch bei den bisherigen Gegnern der Arbeiterbewegung der Fall sein. Können wir dann mit ihnen mehr als bisher zusammen arbeiten, so soll es uns recht sein. Notwendig wird ein solches Zusammenarbeiten schon, wenn es sich um die Versorgung der Kriegsoption handelt, wozu auch Lenßig Hinweis macht. Miesingensch werden die Aufgaben sein, die nach dem Kriege unserer harten Aufgaben, vor denen der Einzelne verzagen muß. Organisation heißt die Lösung! Auch das Proletariat muß seine gewerkschaftlichen, seine politischen und seine genossenschaftlichen Organisationen hochhalten und immer weiter ausbauen. Dieses erste Gebot für die Klassenbewusste Arbeiterschaft bleibt nach wie vor bestehen, wenn der Krieg uns auch geleitet hat, über einige Dinge anders zu urteilen als wir früher gewohnheitsmäßig getan haben. Dies zeigt uns auch die Schrift von Paul Lenßig, die wir hiermit nochmals unseren Kollegen zum Lesen empfehlen.

### Die westliche Schwerindustrie im Weltkrieg.

#### II.

Seinerseits nennt Deulenberg in seiner Abhandlung die Schwerindustrie nach dem Kriege zunächst ein Bild der Entwicklung der deutschen Eisenindustrie in der mehr als vierzigjährigen Friedenszeit und legt dann dar, welche Erweiterungen vom Standpunkte unseres Wirtschaftslebens aus bei einem zu erwartenden günstigen Abschluß des Krieges zu setzen wären. Es heißt da:

„Die Industrie war in erster Linie dazu bestrebt, die ihr die bisherigen günstigen Produktions- und Absatzverhältnisse im Inlande erhalten zu lassen und möglichst eine Verbesserung nach der Richtung anzustreben, daß sie in Beschaffung der Rohstoffe möglichst unabhängig vom Ausland wird.“

Wieder wird darauf verwiesen, daß bis jetzt große Mengen ausländischer Erze hätten eingeführt werden müssen, weil die inländische Förderung für die gesteigerte Eisenerzeugung bei weitem nicht genügt und dann ausgeführt:

„Eine erheblich weitere Ausdehnung der in Deutschland vorhandenen Erze, in denen noch innerhalb 4 Milliarden Tonnen nach heutigen Begriffen verwertbares Erz enthalten ist, ist nicht zu erwarten, weil wir dort darauf legen müssen, daß unsere eigenen Erze für einen möglichst langen Zeitraum ausreichen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, hat die heutige Einfuhr großer Erzmengen aus dem Ausland eine gewisse Berechtigung. In diesem Sinne können wir unsere jährlichen Bedürfnisse an Eisen und Stahl nach dem Thomasverfahren haben wir uns zunächst davon, davon der allergrößten Teil aus französischer Leistung. Dort haben wir im Jahre von 1913 rund 2 Milliarden Tonnen künftiger Erze von guter Beschaffenheit an, was die Hälfte mehr als in Deutschland vorhanden ist, das jetzt schon den größten Teil unserer Bedarfs deckt. Deutscher Ausbebauungsgeist hat diese französischen Erze abgebaut und an den heimischen Erzen, die in kleinerer Menge aus Schweden kommen, nur noch 10 Millionen Tonnen erzeugt haben, was eine große deutsche Bedarfsdeckung. Dieses ganze Ergebnis liegt seit Monaten hinter der Front unserer Truppen. Die Eisenindustrie hat die Erzen von dort nicht abgebaut, was nicht dieser Grenzgebiet Ausbebauungsgeist entspricht, so daß die Gewinnziehung von Arbeitern auf große Schwierigkeiten

stößt. Das in mühevoller Arbeit Erworbene darf uns nicht wieder entrisen werden.“

Auch Deulenberg ist also einseitig genug! Wir meinen, solche Gründe für Gebietserweiterungen lassen sich immer heranziehen. Rindorf hat in seiner Abhandlung für den Osten andere Gründe, die ihn zu demselben Resultat führen. In Rindorfs Darlegung heißt es am Schlusse:

„Sollte der Kampf im Osten Landerwerbungen ermöglichen, so müßten solche hier schon deshalb gefordert werden, weil es für Deutschland Lebensbedingung ist, bäuerliche Ansiedlungsgebiete zu schaffen, die bodenständige bäuerliche Bevölkerung zu heben und zu vermehren und die deutsche Landwirtschaft zu stärken, auf daß sie fähig bleibt, die ständig zunehmende deutsche Bevölkerung zu ernähren.“

Das wäre dann die Schraube ohne Ende! Wenn Deutschland um Industriegebiete vergrößert würde, müßte gleich wieder ein entsprechender Vapen bäuerliche Ansiedlungsgebiete zum Ausgleich hinzukommen. Solche Gründe sind wirklich billig.

Einer der Machthaber der Schwerindustrie, Thyssen, gab vor vielen Jahren, als er seine Kapitalien noch nicht so in Lothringen festgelegt hatte, eine Broschüre gegen den Bau eines Saar-Roseltanals heraus. Da hieß es unter anderem:

„Und kann es denn im Interesse Deutschlands liegen, seine große Eisenindustrie an der Landesgrenze zu haben, wo sie jedem Zufalle preisgegeben ist? Im Kriegsfalle würde sie nicht nur ein gewaltiges Hindernis für die Bewegungen der deutschen Armee bilden, sie würde auch ihre Werkstätten schließen und gänzlich stilllegen müssen.“

Nun soll im Gegenzug dazu noch mehr Industrie an der Grenze erstrebt werden! Bei der Frage nach der Menge der in Deutschland lagernden verarbeitbaren Erze kommt auch in Betracht, daß die Technik da eine wichtige Rolle spielt. Sie kann womöglich schon bald die Wege zeigen, schwache Erze doch noch verwertbar zu machen. Der elektrische Strom wird schon länger mit dieser Frage in Verbindung gebracht.

Der Generaldirektor des Königs hat aber noch mehr Wünsche. Er spricht von der Erhaltung und der „Verbollständigung“ unserer Kolonien. Und dies treibt denn wieder ein anderes Rad an:

„Während dieses Krieges haben wir die Erfahrung gemacht, daß überseeischer Besitz und auswärtiger Handel nur aufrechtzuerhalten sind, wenn die Sicherheit besteht, daß die Handelswege dahin unter allen Umständen offen gehalten werden können. Wünschenswert wäre zu diesem Zwecke ein Landerwerb, der uns mit unseren Schienenwegen an das freie Meer bringt oder an einen so weit vorgezogenen guten Hafen, daß eine Sperrung der Fahrt durch den Kanal seitens Englands uns nicht ganz vom freien Meer abschließen kann.“

Eine andere Folge wäre dann wieder die mächtigere Kriegsstotte! Bei solchen Betrachtungen über das Fell des Bären könnte mancherlei gesagt werden, was jetzt zu sagen nicht gut möglich ist. Für das arbeitende Volk — wir nehmen den Begriff in weitem Umfange — kommt bei dem Krieg im wesentlichen die Verteidigung ihres Heimatlandes in Betracht; beim Friedensschluß soll vor allem gesehen werden, daß die Völker ohne langdauernden Groll bleiben und sich zu Verträgen bereit finden, die keine Keime neuer Verwundungen in sich bergen.

Zu dem Loblied auf unsere Zollpolitik stimmt es auch nicht recht, wenn Deulenberg verlangt, daß bei den Friedensverhandlungen auf eine Beseitigung der Erschwernungen Bedacht genommen werden müsse, die unseren Absatz nach Frankreich und Rußland durch übertriebene scharfe Zollbehandlung oder durch ungewöhnlich hohe Einfuhrzölle bisher schädigten“. Klagen über solche Schädigungen sind früher schon oft, besonders auch von Handelskammern, vorgebracht worden. Sie sind aber im Wesen der Zollpolitik begründet. Haßt du meinen Juden, hau ich deinen Juden, so heißt es da.

Ansprechender ist, was Deulenberg von der Notwendigkeit sagt, mehr Kanäle zu bauen:

„Bei dem ursprünglichsten Rohstoffe, den alle Industrien in gleichem Maße gebrauchen, der Kohle, übersteigt in Deutschland die Förderung bei weitem den Verbrauch. Trotzdem liegt jähraus, jährein die Versorgung unserer Käufländer mit den großen Verbrauchsorten Hamburg und Berlin in den Händen Englands, weil die Frachten von unserm größten Kohlenvorkommen im Ruhrrevier einen Wettbewerb so gut wie gar nicht und von dem obersteigenden Revier nur in beschränktem Umfange möglich machen. Ein einfaches Mittel, diesem unnatürlichen Zustande ein Ende zu machen, liegt in einem weiteren Ausbau unserer Wasserstraßen. Während des Krieges haben wir gesehen, von welcher Bedeutung die Fortsetzung des Rhein-Hannover-Kanals bis zur Elbe ist. Die genannten Gebiete hätten ohne die Ansprüche der Eisenbahnen mit westfälischer Kohle versorgt werden können und umgekehrt hätte man große Getreidemengen vom Osten auf dem Wasserwege zu den großen Verbrauchsstellen des Westens zu befördern vermocht. Der Ausbau dieses kleinen Kanalnetzes würde dauernd hinaus eine Verbindung des großen Fluß- und Kanalnetzes im Osten mit den schiffbaren Wasserstraßen des übrigen Deutschlands herstellen und die gesamte Leistungsfähigkeit und Ausnutzung unserer Wasserstraßen gewaltig steigern zum Vorteil von Landwirtschaft, Handel und Industrie. Denn im Frieden haben wir denselben Wert darauf zu legen, unsere Käufländer ohne Verteuerung mit eigenen Kohlen zu versehen, wie im Kriege. Und was hier von der Kohle gesagt ist, gilt in ähnlichem Sinne für andere Rassegüter, nicht zum wenigsten für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Bedarfsartikel. Hoffentlich werden nach dem Frieden unsere Regierung und unsere Politiker, durch die Macht der Verhältnisse befehlet, eine andere Stellung in dieser Frage einnehmen, als es bisher der Fall war.“

„Unsere Politiker“ bedürfen da nicht durchweg der Belehrung, sondern in der Hauptsache die Politiker einer kleinen aber mächtigen Minderheit. Diese Leute haben auf ihren wörtlichen oder vermeintlichen Rat, was oft den anderen und nicht auf den der Gesamtheit. Deulenberg schließt:

„Sollte es uns diese Forderungen, die hier nur ganz allgemein angedeutet werden konnten, zu geeigneter Zeit durchsetzen, so wird die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Laufe der nächsten Jahrzehnte einen Aufschwung erleben, der einen gewissen Erfolg bietet: für die Körper des Ostens an Gut und Wert, die dieser schließlich uns aufzunehmende Krieg dem deutschen Volke auferlegt. Nimmt man hinzu die Hoffnung, daß die Lehren des Krieges alle diese Einflüsse, die mit steigendem Wohlstand unter allen Bevölkerungsklassen sich einzumischen beginnen und in einer starken Vermehrung der materiellen Seite unseres Lebens ihren Ausdruck finden, für lange Zeit befehligen werden, so können wir uns zuversichtlich der Entwicklung Deutschlands entgegensehen, und diese Zuversicht verleiht uns die Kraft, auszuhalten bis zu einem günstigen Ende.“

„Dem künftigen Wohlstand aller Bevölkerungsklassen“ ist nun schon oft in den Kriegsjahren geredet worden. Die große Masse des Volkes, die noch etwas sehr bedauernd die wenig bemittelte genannt wird, wird sich schon ihr Teil dabei denken.

Der Romancier Peter Rindorf weiß in seinem Ausführenden: „Der Weltkrieg und die Erwartungen der Autarkie“ darauf hin, daß der ungeheure Aufschwung der deutschen Eisenindustrie in den letzten 2 Jahren durch die Erfindung der Engländer Thomas und Gilchrist technisch ermöglicht wurde. Die Engländer in ihrer Gesamtheit haben damals die weitestgehende Bedeutung dieser Erfindung nicht erkannt. Schon de-

mal verfolgten die Engländer in ihrer konservativen Denkwiese eine ähnliche Politik wie heute; sie blieben selbst bei dem alten Verfahren und überließen den Deutschen das Patent gegen Vergütung, machten dann aber das hieraus hergestellte Stahlfabrikat in echt krämerhafter Weise in der ganzen Welt schlecht und suchten damit der immer stärker werdenden Konkurrenz zu begegnen. Die deutsche Gründlichkeit hat, unterstützt durch die Wissenschaft, mit diesen Modenschäften bald aufgeräumt und den Thomasstahl von Jahr zu Jahr verbessert, so daß sich derselbe nach und nach bezüglich der Qualität allen anderen Verfahren zur Seite stellen konnte.“

Rindorf erklärt weiter, der deutschen Schwerindustrie habe schon immer der Hafen für den Besuch der auswärtigen Märkte gefehlt. Durch den Einfluß der Deutschen habe sich der Antwerpener Hafen mächtig entwickelt und er würde mit dem reichen Hinterland, das sich finanziell in Brüssel verdichte, ungeahnte Ausichten für die Zukunft bieten, er würde Deutschland auch das Mittel an die Hand geben, von England für den überseeischen Handel finanziell unabhängig zu werden. Die wirtschaftliche „Anlehnung“ Belgiens an Deutschland werde jedoch von vielen Unternehmern der Schwerindustrie skeptisch betrachtet, weil die ersten Folgen derselben große Verschleibungen herbeiführen könnten. Es sind Konkurrenzgründe, die diesen Unternehmern den Geschmack an der Suppe etwas beeinträchtigt haben.

Rindorf läßt England, wenn die Wunden des Krieges vernarbt sind, ein wirtschaftlich erstarcktes Großdeutschland heranreifen sehen, das stark genug sein werde, auch in Zukunft jeden Angreifer mit Erfolg zurückzuweisen. Besser dünkt uns jedoch die Verklüftung, daß Ausblick und Ziel der Industrie der Abschluß eines Wirtschaftsverbandes unter den europäischen Völkern sein werde, an dem auch England ohne Gefahr für uns teilnehmen könne, weil sich die Spitze dieses Verbandes nicht gegen einen kontinentalen Staat richten, sondern die Europäer zusammenführen solle zur gemeinsamen Ausnutzung ihrer Wirtschaftskräfte im Kampfe um den Absatz. —

Ziemlich umfassend ist demnach das Programm der herrschenden Männer von der Schwerindustrie für den Friedensschluß. Mit manchem werden die Arbeiter einverstanden sein können, die Zweckmäßigkeit der Ginzerverweiterungen als dauernder Friedensschluß werden sie aber nicht einsehen. Eine gute Lehre gibt uns da die Zeit, die nun hundert Jahre zuwächst.

### Ein Eisenbau ohne Baugerüst.

Zu der in Nr. 5 enthaltenen Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift sandte ein Verbandskollege uns noch folgende Zuschrift:

Der Artikel veranschaulicht die lebensgefährliche Arbeit der Zimmerer, wie sie an diesem Bau bestanden hat. Jeder, der längere Zeit an Eisenhochbau-Montagen gearbeitet hat, lächelt aber, wenn er liest, daß der Verfasser die durch die Aufnahme festgehaltene Tätigkeit der Zimmerer als so überaus lebensgefährlich betrachtet. Es ist richtig: Lebensgefährlich war diese Arbeit der Zimmerer; es hätte nach den Angaben die Gewerbeinspektion einschreiten müssen. Jedoch, wer die Verhältnisse in der Eisenhochbau-Montage kennt, der weiß, daß die dabei Beschäftigten froh wären, wenn sie allezeit auf einem so feststehenden Bau wie jene Zimmerer herumklettern könnten und zum Aufsteigen immer noch Leitern zur Verwendung hätten. Die Beobachtung dieser Halle durch einen Gewerkschaftsbeamten hätte schon erfolgen sollen, als die Eisenarbeiter noch daran arbeiteten. Nach Angabe ist ohne Montagegerüst gearbeitet worden. Da hätte nachgeforscht werden sollen, ob es ohne Unfall abgegangen ist. Bei der freistehenden Montierung hat sich Gelegenheit, festzustellen, ob die dabei verwendeten Stanztaue nicht morsch und zu viel abgenutzt waren, oder ob etwa verwendete Drahttaue häufig ausgespleißte Stellen aufwiesen. Waren die Anschlagpfeifen stark genug? Wann wurden sie zum letztenmal ausgetauscht und wann wurde eine Belastungsprobe vorgenommen? Waren es überhaupt auf Tragfähigkeit geprüfte Ketten? Wirft man die Ketten beim Abschleppen von oben herab, wodurch besonders bei Frostwetter die Glieder leicht springen? Desgleichen konnte ein Augenmerk auf die Lauguhlöde und Kontrollrollen gerichtet werden. Es kommt bei solchen Montagen manchmal Material zur Verwendung, das nicht stark genug ist für den Aufzug der Last. Die Rollenbolzen wegen der Abnutzung zu kontrollieren, dazu ist niemals Zeit. Bei Kontrollrollen findet sich sehr häufig, daß zwischen Rolle und Führungsböcken zu großer Spielraum vorhanden ist. Das Lau gleitet dann beim Anziehen nicht immer in die Rolle ein, kommt sich vielmehr zwischen Rolle und Blech fest, wodurch, besonders wenn mit einem durch Dampfkraft betriebenen Stabel gearbeitet und nicht rechtzeitig die Unregelmäßigkeit wahrgenommen wird, das Lau zerplatzt. Wenn Stabel in Gebrauch gewesen sind, dann hätte jedesmal nachgesehen werden müssen, ob die Umstellung in Ordnung war, denn durch schlechte Beschaffenheit der Umstellungsbehörde ist schon so mancher Unfall verursacht worden. Waren für Schwedegerüste genügend starke und gute Gerüstbäume und Bretter vorhanden? Dinsten zum Galten der Bäume Hindertäue oder Gerüstbäume? Letzteres ist bei Frostwetter nicht ohne Unfallgefahr. Hatten die Unternehmer brauchbare Leitern in genügender Zahl gestellt? Es kommt nämlich besonders auf den Montagen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht selten vor, daß die Montagearbeiter erst bei den Bauarbeiten eine feste Leiter aufstiegen oder im Konstruktionswert hochsteigen mußten. Ein Augenmerk hätte auch auf die Verbände gerichtet werden können. Wenn eine vorhanden war, war diese genügend geräumig, war den Verhältnissen entsprechend Licht und Wind vorhanden, wurde der für die Arbeiter bestimmte Raum auch als Magazin gebraucht, wurde der vorgeschriebenen Jahreszeit wegen geheizt, damit bei regnerischem Wetter durchnässte Arbeitskleidung zu trocken war? Und wie stand es mit dem Dichtigsten: waren die beschäftigten Arbeiter fleißig oder mit dem Wesen der Arbeit vertraut? Wenn man die Ausbildung betrachtet, so erkennt man, daß, um Unfälle zu vermeiden, es dreimal für einmal geboten war, nur mit eingearbeiteten Leuten solche Montage auszuführen.

Es ist leider Tatsache, daß sich viele, sehr viele Unfälle im Eisenhochbau damit erklären: die Arbeiter waren zu unerfahren und ungeeignet — nicht schwindelfrei — für solche Arbeit. Die heutigen Verhältnisse gestatten dies. Vom Zusammenschlußgedanken haben bisher nur wenige Gebrauch gemacht. Daburich ist der Monteur allein maßgebend. Dieser ist vor Abitur gefehert. Nach oben zu steigen unternimmt er schon einmal, aber erst dann, wenn das Konstruktionswert durch Lauerstände besetzt ist und ein Platten- oder Bretterbelag sicheres Aufstehen ermöglicht.

Es dürfte weniger bekannt sein, daß alle Eisenkonstruktions-Montagen, soweit dies nicht Staats- oder Gemeindeaufträge sind, in Abund vergeblich werden. Der Firmengünstling erhält die schwersten Bauten, kommt dadurch zu gutem Einkommen, wird Hausbesitzer z. Hören fe einmal von der Organisation, dann werden sie giftig, in dem nicht selten wohlgenährten Körper entpicht Humor. Heute darf man wohl der Hoffnung sein, daß die Selbstarbeit der frei organisierten Metallarbeiter auch diesen letzten von ihnen noch ihren Segen bringen wird. Und wenn die todbenen Kriegsbürden giftig für Deutschland enden, dann soll ausführlicher als heute eine Beleuchtung dieser Montageverhältnisse erfolgen.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 21. März der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. März 1915 fällig ist.

Hierdurch diene den Verwaltungsstellen zur allgemeinen Kenntnis, daß der Vorstand auf Verlangen verschiedener Verwaltungsstellen auch Kriegsfondsmarken zum Werte von 20 Pf. hat anfertigen lassen und solche Marken von jetzt an vom Vorstand bezogen werden können.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gefordert:

Der Verwaltungsvorstand der a. S. 20 3 pro Woche (Kriegsfondsmarken), während der Dauer des Krieges.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Verloren wurde:

Buch-Nr. 2,223,252, lautend auf den Kesselschmied Heinrich Brandes, geb. am 13. Februar 1896 zu Kiel, eingetreten am 26. Oktober 1913 in Kiel (Kiel).

Buch-Nr. 1,443,571, lautend auf den Dreher Georg Herfurth, geb. am 12. Oktober 1883 zu Gießen, übergetreten am 26. Februar 1910 in Wauzen (Köslin).

### Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 1,579,962 nebst verschiedenen anderen Papieren, lautend auf den Werkstatthalter Karl Fein, geb. am 9. März 1881 in Wesse, eingetreten am 22. Juni 1910 in Bremerhaven (Einswadben-Nordenham).

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Berichte.

### Metallarbeiter.

Leipzig. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 17. Februar ihre Jahres-Generalversammlung ab. Nach Eröffnung der in der vergangenen Woche durch den Vorsitzenden Kollegen Fromm zum Geschäftsbericht aus, daß durch den Krieg die Mitgliederzahl um über 8000 abgenommen habe. Dieses sei in der Abmeldung zum Militär und auch in der großen Zahl der Abgereihten begründet. Versammlungen seien 2148 abgehalten worden, was ein Weniger von 440 gegen das Vorjahr bedeute, das aber auch erklärlich sei. Redner weist besonders auf den gebrauchten Geschäftsbericht hin, aus dem unter anderem hervorgehe, daß an Erwerbslosenunterstützung 332,924,15 M und an Krankenunterstützung vor dem Kriege über 100 000 M gezahlt worden seien. Weiter weist er darauf hin, daß man jetzt dazu übergehe, das Krankengeld nach § 189 der Reichsversicherungsordnung anzurechnen. Die Ferienfrage sei im Geschäftsbericht das erste Mal enthalten; es müsse dafür gewirkt werden, daß dieses Feld erweitert werde und nicht nur „Gelbe“ die Nutznießer seien. Nach Entlassung der Kassierer erfolgt: Die Stellungnahme zum Berliner Verbandsstag. Einleitend weist Kollege Fromm auf die Bekanntmachung des Vorstandes hin, die wohl allgemein übersehen haben dürfte. Zu den eingereichten Anträgen macht Ausführungen Kollege Ernst Schäfer: Da nun einmal der Verbandstag stattfindet, so müsse man auch Stellung dazu nehmen. Es sei dringend notwendig, einmal mit der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung Abrechnung zu halten. Er brauche ja nur auf die Nummer-Artikel und sonstige Dinge in den letzten Nummern der Zeitung hinzuweisen. Die Redaktion müsse veranlaßt werden, sich zu äußern, zumal sie schon seit längerer Zeit eine einseitige politische Auffassung vertrat. Redner wünscht, daß, wenn man Feldpostbriefe veröffentlicht, auch Briefe, welche nicht der Anschauungen der Redaktion entsprechen, veröffentlicht werden. Redner stellt den Antrag, daß die Verhandlungen innerer Parteifragen in der Metallarbeiter-Zeitung zu unterbleiben habe. Auch müsse der Weizel eine andere, demokratischere Zusammenfassung erfahren, wozu ein Antrag auch vorliege. Ferner erinnert er daran, daß auch noch die Beschwerde auf Nichtveröffentlichung von Leipziger Anträgen durch den Vorstand vorliegt, die auf dem Berliner Verbandsstages zum Ausdruck kommen müsse. Die nachfolgenden Redner äußern sich im Sinne Schäfers. Kollege Lieberack beantragt, im § 38, Absatz 11 das Wort „jedwede“ zu streichen und gibt eine ausführliche Begründung dazu. Kollege Schilling stellt ein begründetes Anträge, welche eine Veränderung in der Rechtsprechung in der Gewerkschaft, die Einsetzung einer Belegkommission, eine Abänderung des § 36, Absatz 2 und die Beschuldigung der Parteischule betreffen. Bei letzterem weist er besonders darauf hin, daß dieser Antrag vom Vorstand schon früher abgelehnt worden sei, weil man in der Gewerkschaft nicht Politik treiben dürfe. Was treibt denn der Vorstand und die Redaktion jetzt in der Verbandszeitung? Kollege Würfel begründet einen Antrag der Werkzeugmacher auf Anerkennung als besondere Branche und auf Einleitung einer Konferenz für diese. Kollege Fromm ist nicht einverstanden, daß sich der Verbandstag nicht mit dem Kriege selbst, sondern mit den sozialen Aufgaben während des Krieges befassen werde. Der die Parteischule besuchenden sollte sich auch von der Partei scheiden lassen. Der Antrag Schilling über die Rechtsprechung enthält eine Färbung; es könne geschehen, daß ein Mitglied sich zwei Jahre Rechte und Pflichten rufen lassen müsse. Der Antrag der Werkzeugmacher dürfte auf dem Verbandsstages wenig Aussicht auf Annahme haben. Kollege Probst schließt sich in seinen Ausführungen Fromm an. Der Antrag Schilling über Rechtsprechung sei eine Ungerechtigkeitsfrage. Es wäre besser, zu beantragen, daß der Verbandsstages nicht überhaupt nicht stattfinden. Die Kollegen Dünn und Gumann sprechen zur Parteischule. Letzterer verzichtet die Bedenken der Kollegen Fromm und Probst und tritt mit aller Entschiedenheit für den Antrag ein; es sei kein Recht, was erst errungen werden, sondern ein bestehendes Recht, das ausgenutzt werden müsse. Kollege Gafner spricht noch gegen die Abhaltung des Verbandsstages. Alle Anträge werden, teilweise einstimmig, teilweise gegen wenige Stimmen angenommen. Alle Redner waren sich einig, daß der Verbandsstages in der Zeit des „Bürgerfriedens“ hätte unterbleiben sollen. Die Mehrheit halte eine richtige Ausprägung doch nicht für möglich. Als Mitglieder der Ortsverwaltung wurden gewählt: zu Bevollmächtigten Fromm und Probst, als Kassierer Reide und E. Schäfer, als Beisitzer Gafner, Wed, Gehr, Lieberack, Groß, Willms, Würfel, Krause und Helm.

Kemischid. Trotz des Bürgerfriedens ist es doch notwendig, einige Vorkehrungen in unserm Bezirk der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu geben, da eine öffentliche Bekanntmachung bisher keine dauernden Erfolge erzielt. Das größte Werk am Orte, die Bergische Stahl-Fabrik, stellt nur Leute ein, die neben ihrer letzten Invalidenrente auch noch j am l i c h e Aufrechnungsbescheinigungen beibringen, um sehen zu können, ob der Arbeitssuchende nicht schon früher krank gemeldet ist, selbst wenn der unterzuchende Arzt ihn jetzt für gesund erklärt. Für Arbeitslose, die angeben, die Aufrechnungsarten verloren zu haben, hat die Firma Antragsformulare an das Oberverwaltungsamt angefertigt. Auf jeden Fall müssen die Bescheinigungen

herbeigeschafft werden. Da die Firma in auswärtigen Zeitungen nach Arbeitern sucht und schon verschiedene Kollegen darauf herein gefallen sind und wieder abziehen mußten, weil nicht sämtliche Papiere vorhanden waren, ist diese öffentliche Bekanntgabe des Verfahrens der Firma dringend notwendig. Die gemeinschaftliche Wirkung des geschickten Verfahrens wird jeder einsehen. Wir hätten die Metallarbeiter-Zeitung noch nicht in Anspruch genommen, wenn nicht noch etwas Empörendes gerade in dieser Zeit hinzugekommen wäre. Ein arbeitsloser Kollege, der im Sommer 1913 in einer Lungenheilstätte war, bewarb sich bei der Bergischen Stahl-Industrie und wurde vom Meister eingestellt. Die Firma hat Heeresaufträge und deshalb viel zu tun. Der Kollege wurde zum Kassenarzt geschickt. Nach der Untersuchung sagte der Arzt auf Anfrage: „Na ja, die Lungenheilstätte sind nicht ganz rein, das hat aber jeder industrielle Arbeiter. Nach meinem Gutachten müssen Sie eingestellt werden.“ So der Arzt. Als der Arbeiter zum Betrieb kam, um die Bescheinigung über die Untersuchung abzuliefern, entwickelte sich folgendes Gespräch zwischen ihm und dem Betriebsleiter H.: „Wie können Sie sich unterziehen, bei uns um Arbeit anzutragen, da Sie doch schon in einer Lungenheilstätte waren?“ Der Arbeiter: „Seien Sie froh, daß Sie da nicht hin brauchen.“ Der Betriebsleiter: „Na, der Meister hat Sie einmal angenommen, weil wir viel zu tun haben; besorgen Sie sich von der Versicherungspflicht, so können Sie anfangen.“ Der Arbeiter: „Geben Sie mir nun schnell meine Papiere wieder, denn jede Minute ist kostbar!“ — So endete die Geschichte. Wir haben nun nicht die Befürchtung, daß die Firma jetzt ihr Verfahren aufgibt trotz des Krieges, trotz der geprüften Opferwilligkeit, trotz der sehr gut bezahlten Heeresaufträge. Aber unsere Kollegen werden dieser Firma wohl aus dem Wege gehen. Der zweitgrößte Betrieb, das Licanderwerk, hat ebenfalls Heeresaufträge und Mangel an Arbeitern. In anderen Orten, besonders in Pforzheim, werden jetzt Arbeiter angeworben, denen ein Anfangslohn von 45 M die Stunde versprochen wird. Wir müssen die Kollegen dringend ersuchen, höhere Anfangslöhne zu fordern, da sie sonst nicht auskommen bei den hiesigen teuren Lebensverhältnissen. Außerdem können die Betriebsverhältnisse nicht jedem behagen. Behandlung und Arbeitsverfahren haben auch schon einige Pforzheimer Kollegen zum Abreisen vor Ablauf von sechs Wochen gezwungen, nach denen ihnen das Fahrgeid erstattet werden sollte. Es ist also bei Arbeitsannahme nach Kemischid Vorsicht geboten!

### Jahresleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Februar 1915.

Berufe	Arbeitslos waren am 1. Februar 1915		In Arbeit waren am 1. bis 28. Febr. 1915	
	1. Februar 1915	1. bis 28. Febr. 1915	1. bis 28. Febr. 1915	28. Febr. 1915
Gas- u. Wasser-Rohrleger	67	90	89	31
„Helfer	11	160	159	5
Heizungs-Monteure	21	56	33	24
„Helfer	1	81	82	—
Zusammen	100	387	363	60

## Rundschau.

### Reichstag.

Am 10. März ist — im achten Kriegesmonat — der Reichstag wieder zusammengetreten, um den Haushaltsanschlag des Reichs für das kommende Rechnungsjahr, wie die Verfassung vorschreibt, vor dem 1. April fertigzustellen. Doch was sind Hoffnungen, was Entwürfe in dieser schredensvollen Zeit! Das gewaltige Ringen um unseres Volkes nationales Dasein, sein wirtschaftliches Lebensrecht und seine sozialen Entwicklungsmöglichkeiten hat schon viel länger gedauert, als die klügsten Urteiler in militärischen Dingen je für wahrscheinlich erachtet hatten; und noch ist sein Ende so wenig abzusehen, daß in dem vorgelegten Reichsetatsentwurf die Mittel zur ungeschwächten Fortführung unseres Widerstandes gegen den Überfall der vereinigten Feinde zunächst bis zum späten Herbst dieses Jahres vorgesehen sind. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß der Krieg so lange dauern muß, sondern nur daß wir Deutsche entschlossen sind, ihn so lange und noch länger durchzuhalten, wenn wir nicht vorher zu dem auch von uns herzlichst ersehnten Frieden gelangen können — einem Frieden, der aber die Bürgschaft der Dauer in sich tragen muß.

Prüft man mit möglichster Unbefangenheit und auf Grund des besten zugänglichen Materials die militärisch-politische Lage Deutschlands (und seiner Verbündeten), so ergibt sich, daß auf den europäischen Kriegsschauplätzen die Dinge für uns durchaus beruhigend stehen; weniger klar sind die Verhältnisse in den türkischen Kampfgebieten, nämlich im Kaukasus, in Syrien, Mesopotamien und am Hellespont. Wenn man den englisch-französischen Berichten über die dortigen Vorgänge glauben mißt, so wäre die Widerstandskraft der Türkei bald erschöpft. Man wird indessen gut tun, diese Meldungen mit einiger Vorsicht zu genießen: wir kennen die Lügenhaftigkeit der Heuter- und Spasagaturgen zur Genüge. Und dann: auch das Schicksal der Türkei wird nicht in Kleinasien, sondern in Flandern und in Polen entschieden. Dort ist es der unvergleichlichen Tapferkeit unserer deutschen Truppen gelungen, nicht nur die immer wiederholten Angriffe der zahlenmäßig gewaltig überlegenen Feinde zum Stehen zu bringen, sondern sie sogar in die Verteidigung zurückzuwerfen. Die Mauern stehen unsere Fronten die vielen hundert Kilometer lang im Westen und Osten. Wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wird sich im Westen an dem Stand der Dinge nur noch eine Veränderung zugunsten von Deutschland vollziehen können. Alle Welt sieht das ein — nur nicht die für Frankreichs Schicksal verantwortlichen Staatsmänner, die dadurch ihrem unglücklichen Volke die Schicksalsstunde heraufzuführen: gehen die unerhörten Menschenopfer der Franzosen so weiter, dann kann nach aller menschlichen Erfahrung Frankreich nach dem Kriege nur noch als ein zweites Spanien weiterleben — und als ein Vasallenstaat Englands! England will diesen Krieg, den es zur Vernichtung Deutschlands angefangen hat und mit den bewundernswürdigsten Mitteln der Auszubehringung betreibt, auf alle Fälle bis zum August d. J. weitergehen lassen, weil sich erst dann herausstellen wird, ob wir in Deutschland tatsächlich genug Brot bis zur neuen Ernte haben oder nicht. Indem wir gleich einschalten, daß wir den richtig und rücksichtslos gerecht zu verteilenden Nahrungsmittelvorrat für ausreichend erachten, sei darauf verwiesen, daß die Durchführbarkeit des englischen Plans hauptsächlich von Ausgang der militärischen Unternehmungen in Russland abhängt: versagt die russische „Dampfwalze“, dann sind England und Frankreich allein nicht imstande, den Krieg weiterzuführen; würde aber das zaristische Deutschland und großer Teile von Ostreich-Ungarn durchzuführen, dann könnte sich allerdings der Druck auf Deutschland bis zur Unertüchlichkeit steigern. Woraus sich ergibt, daß uns nur ein entschlossenes Ausdauern und Durchhalten helfen kann, wenn wir nicht alle die kostbaren Opfer an Blut und Gut, die der Krieg von uns fordert, vergeblich gebracht haben sollten. Auch die zweideutige Haltung mancher „Neutraler“ wird durch unsere Entschlossenheit endgültig bestimmt werden. Nicht alle Glieder eines Volkes können die nötige und wünschenswerte Einsicht in die Einzelheiten des militärischen und wirtschaftlichen Kampfes haben, nicht alle sind Helden. So gewinnt der zur Führung Berufenen Wort und Bedeutung doppelte Bedeutung. Ihrer

moralischen und politischen Verantwortung sich klar bewußt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Eröffnungssitzung des Parlaments dies Wort der Stunde erklingen lassen. Es begann mit dem erneuten Bekenntnis zur gemeinsamen Sache des ganzen Volkes. Die Splitter, die sich einer solchen Gemeinsamkeit zu entziehen den Mut haben, zählen nicht und sind selbst der Zählung kaum wert. Die Haltung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist am 4. August und am 2. Dezember klar vorgezeichnet; sie zu ändern liegt keine Veranlassung vor. Findet sie ihre Rechtfertigung in sich selbst, und haben sie sie ohne Rücksicht auf Gegenleistungen gemächt, so muß sie doch auch Folgerungen zeitigen, die ebenso selbstverständlich sind. Die „Neuorientierung der inneren Politik“, die in einer politischen Weiterentwicklung Preußens, in der Abschaffung aller Ausnahmegeetze, in der Sicherung der Gewerkschaftsrechte und manchen anderen Maßnahmen ihren Ausdruck finden muß, ist eine zwingende Notwendigkeit, kein gutheißendes Geschenk aus gefühlsmäßigen Augenblicksregungen. Aber die Anbahnung neuer Verhältnisse würde erleichtert werden, wenn namentlich die preussischen Minister aus ihrer verrohten Starrheit auch jetzt schon loskommen wollten. Das auszusprechen war das gute Recht der Sozialdemokratie, die auch über die Zensur, die Nahrungsmittelversorgung, die Sicherstellung der Kriegsinvaliden die richtigen Worte fand. Ihr Echo geht weit über die engeren Parteigrenzen hinaus. Auch was über die Bedingungen des Friedensschlusses laut wurde, wird man im Volke beifällig aufnehmen: als ein Zeichen der Schwäche kann es von verständigen Feinden kaum aufgefaßt werden; als ein Zeichen tiefer Menschenliebe mag es auch jenseits der Grenzen gute Wirkungen zeitigen. In Einzelheiten gehen die Meinungen in Deutschland zurzeit noch so weit auseinander, daß eine öffentliche Erörterung nach dem Wunsche der Regierung unterbleiben soll; die Zensur befragt das dazu nötige schon. Man darf hoffen, daß mit dem Fortgang der Ereignisse die Erkenntnis wächst, nur der Frieden entspreche unseren Wünschen, der uns wirklich sichert, aber auch jeder die Sicherheit verbürgende Frieden müsse geschlossen werden. Es ist nur noch die Frage, ob man die Sicherheit mehr in der Gewalt oder mehr in der Solidarität gewährleistet sieht.

### Die Gewerkschaften nach sechs Kriegesmonaten.

Der ersten Erhebung der gewerkschaftlichen Zentralverbände über die Einwirkungen des Krieges auf die Gewerkschaften nach einem Monat, und der zweiten nach einem Vierteljahr Kriegszeit, ist eine dritte nach einem halben Jahre gefolgt, die Feststellungen über die Zahl der Arbeitslosen und die zum Kriegsdienst Eingezogenen am 30. Januar 1915 machte. Die Mitgliederzahl selbst zeigt begrifflicherweise ein starkes Sinken. Während am Schluß des Jahres 1913 rund 2,5 Millionen Mitglieder vorhanden waren, wurden anfangs September 1914 nur 1,75 Millionen, Ende Oktober noch 100 000 Mitglieder weniger und in der dritten Erhebung Ende Januar 1915 nur noch etwas über 1,5 Millionen Mitglieder ermittelt. Wurden im Januar auch nur 780 594 als zum Kriegsdienst eingezogen gezählt, so ist der Unterschied zwischen dieser Zahl und dem angegebenen Verlust von rund einer Million Mitglieder nicht auf Austritte zu rechnen, denn viele Verbände konnten über nicht wenige Neueintritte berichten. Sicher ist, daß die Zahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen in Wirklichkeit eine weit größere ist, denn die Verbände konnten nur die Mitglieder als eingezogen angeben, die ihre Mitgliedsbücher abgegeben haben. Eine überaus große Zahl wird das verkümmert haben, nicht immer aus Gleichgültigkeit und Vergeßlichkeit, sondern vielfach aus Mangel an Zeit. Bedenkt man, wie unerwartet schnell die Bestellungen der jenseitigen ins Haus kommt, und welche kurze Frist ihm bis zum Eintritt ins Heer gelassen ist, so wird diese Nachlässigkeit verständlich. Auch die als Rekruten eingezogenen Mitglieder, deren Zahl diesmal erklärlicherweise weit höher ist als in anderen Jahren, sind in den Zahlen größtenteils nicht enthalten. Prozentual berechnet waren bei der Januar-Zählung 34,1 Prozent der Mitglieder aller Verbände eingezogen, gegen 31,3 Prozent Ende Oktober und 27,7 Prozent Anfang September vorigen Jahres.

Die Zahl der Arbeitslosen fiel im ganzen verhältnismäßig bedeutend. Im Januar waren zusammen nur 6,6 Prozent der Mitglieder arbeitslos, gegen 10,7 Prozent im Oktober und 21,2 Prozent im September. Auch die Zahl der bei der verkürzten Arbeitszeit und mit verkürztem Lohn Beschäftigten hat sich verringert. Der größte Teil der Arbeiter ist zweifellos in der Kriegsausstattungsindustrie beschäftigt. Es hat eine große Verschiebung der Arbeitskräfte und ein starker Wechsel des Berufes stattgefunden. Während die Lederwarenindustrie in regelmäßigen Zeiten 2000 Leute beschäftigt, arbeiten jetzt 25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf Tornister, Patronentaschen, Geschirre etc. Einige Verbände haben trotzdem noch recht hohe Arbeitslosenzahlen. In jenen Industrien, die viel für den Luxus arbeiten oder von der Ausfuhr abhängen, ist noch viel Arbeitslosigkeit anzutreffen. Die Wäppler zählten Ende Januar 42,4, die Bildhauer 22,6, die Porzellanarbeiter 17,3, die Sutmacher 14,5, die Holzarbeiter 13,5, die Buchbinder 12,8 Prozent Arbeitslose.

Groß sind die finanziellen Anforderungen, die die Kriegszeit an die Gewerkschaften stellt. In den sechs Kriegesmonaten wurden 17 783 000 M an Arbeitslose und 6 180 000 M an Familien der Kriegsteilnehmer, also nahezu 24 Millionen Mark Kriegsunterstützungen gezahlt. Ein ganzes vorausgegangenes Jahre, das doch wirklich keine gute Geschäftslage zeigte, wurden nur rund 11,5 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung aufgewendet. So haben auch unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände ihr wesentliches Teil mit dazu beigetragen, daß die durch den Krieg verursachte Erschütterung des Wirtschaftslebens gemildert und die allgrößte Not von den Dabeigeblienen und den Familien der zum Kriege einberufenen Mitglieder ferngehalten wurde.

### Ein Gedanktag internationaler Hilfe.

Am 10. März waren neun Jahre verflossen, seitdem zu Courrières in Nordfrankreich das erschütternde Grubenunglück geschah, bei dem etwa 1200 Bergarbeiter den Tod fanden. Schon wochenlang vorher war in einem Schacht Feuer ausgebrochen. Dieser Brand und die mangelhaften Lüftungseinrichtungen führten dazu, daß sich in zwei anderen Schächten schwere Schlagwetterentzündungen ereigneten. Das Unglück wurde noch dadurch verschlimmert, daß sich große Mengen von Kohlenstaub voranden, was wieder darauf schließen läßt, daß die Verleisungseinrichtungen mangelhaft waren. Auch muß die ganze Anlage der Grube zu wünschen übrig gelassen haben. Ferner fehlte es so sehr an Rettungseinrichtungen, daß die Grubenverwaltung sich veranlaßt sah, sich nach Deutschland um Entsendung von Rettungsmannschaften nebst Apparaten zu wenden. Darauf hat sich sofort eine Abteilung von Rettungsmännern aus Ferne und Gelfenkirchen aufgemacht und sich so tatbeständig an den Rettungsarbeiten beteiligt, daß alle Welt von Bewunderung für sie erfüllt war. Das war echte Bergmannsolidarität und internationale Hilfsbereitschaft, wie sie sein soll. Zu anderen Zeiten wäre es uns nicht eingefallen, die Erinnerung daran aufzurufen, zumal weil erst neun Jahre seitdem vergangen sind. In dieser Zeit aber ruft man sich gerne solche schönen Handlungen ins Gedächtnis zurück. Leider geht jetzt ein anderer Geist durch die Lande und die Arbeitsbrüder, die vor kurzer Zeit noch einander gerne jede mögliche Hilfe leisteten, stehen sich jetzt bis an die Zähne bemiffnet gegenüber, bereit, auf Leben und Tod gegeneinander zu kämpfen. Nicht sie sind daran schuld; sie müssen die Sünden des Kapitalismus am eigenen Leibe büßen. Aber es wird auch wieder die Zeit kommen, wo Aussicht auf Frieden ist und dann werden die Arbeiter aller Länder die ersten sein, die einander über die Grenzen hinweg die

Bruderhände entgegenstrecken, bereit, Schulter an Schulter zu kämpfen...

Gewerkschaften und Volkswirtschaft im Kriege.

Zu den Stützpunkten unserer in der Kriegszeit schwer belasteten Volkswirtschaft gehören auch unsere Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften hielten also ihren Mitgliedern auch in schwerster Not die Treue. Es fragt sich jetzt nur, ob auch die Mitglieder ihre Pflicht im ganzen Umfang erfüllen.

Es fragt sich also, ob die Riesensummen, mit denen die Gewerkschaften Kriegsdienste an ihren nichtleidenden Mitgliedern leisten, richtige Verwendung fanden.

Warnung vor falschen Volkswirtschafts-Agenten.

Die gegenwärtige unruhige Geschäftslage, die das Versicherungsgeschäft fast lahmgelegt hat, hat auch den Versicherungsagenten die Arbeit sehr erschwert.

Einige Agenten privater Lebensversicherungs-Gesellschaften haben in letzter Zeit wiederholt unter der falschen Angabe gewonnen, daß sie für die Volkswirtschaft tätig seien.

Eine Mahnung des Professors Foerster.

Am 26. Februar sprach der bekannte Professor Dr. F. Foerster in München darüber, wie die Geschicke des großen Krieges für die heranwachsende Jugend nutzbar gemacht werden könnten.

„Ganz besonders wichtig ist es, daß diese kommende Generation die neue nationale Einigkeit der Arbeiterklasse mit den anderen Klassen durch gründliche und tapfere Friedensarbeit befestigen hilft.“

gesehen hat, die durch schnelles Ferratum verwundet wurden, der versteht die roten Worte nicht, die aus solchen Wunden kommen.“

Schöne Worte. Man darf auch nicht bezweifeln, daß Herr Professor Foerster sie ernst und ehrlich gemeint hat.

Vom Ausland.

Großbritannien.

IK. Die Streitigkeiten in der englischen Rüstungsindustrie. Der Bürgerkrieg zwischen der englischen Regierung und den Gewerkschaften hat einen argen Stoß bekommen.

Die Schwierigkeit besteht in der Hauptsache darin, daß in gewissen Berufen, besonders in der Rüstungsindustrie, an bestimmten Arbeitern Mangel herrscht.

Um über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen, schlugen die Unternehmer den Gewerkschaften vor, auf gewissen tariflichen Bestimmungen, wie Bemannung der Maschinen, Arbeitsteilung, Beschäftigung Nichtorganisirter und von Frauen, überstunden usw., vorläufig nicht zu bestehen.

Dazu kommt die Forderung der Unternehmer, Angeleitete an Maschinen beschäftigten zu dürfen, die bisher ausschließlich für gelehrte Arbeiter bestimmt waren.

Von den Gewerkschaften (Maschinenbauern, Dampfmaschinenbauern, Werkzeugmachern, Vereinigten Maschinenarbeitern und Vertretungen wissenschaftlicher Instrumente) wurden aber andere folgende Gegenmaßnahmen gemacht: Die Behörden sollten ihre Aufträge auch an solche Firmen vergeben, die nicht in der offiziellen Lieferantensliste stehen; Firmen, bei denen verkürzte Arbeitszeit eingeführt wurde, sollten alle entlassenen Arbeiter dorthin abgeben, wo sie nötiger gebraucht werden.

IK. Der Streik am Clyde. Der weltbekannte Schiffsbaubetrieb am Clyde in England macht seit einem Jahrhundert fast in jedem Jahre durch große Lohnbewegungen von sich reden.

Ein Schritt gegen die Ausweitung der Streikerei. Die amerikanischen Arbeiter besitzen als die ersten unter der Flagge und äquivalenten Arbeitsbedingungen zu leiden.

im Bundesdienst stehenden Arbeitern zu überwachen, verwendet werden, wenn sie dabei die Stoppuhr oder irgend ein anderes zeitsparendes Mittel oder Verfahren anwendet, oder wenn sie Untersuchungen über die Zeit oder die Bewegungen der in Regierungsdienst stehenden Angestellten während ihrer Arbeitszeit macht.

Der Antrag beschränkt sich zunächst auf die Bundesbetriebe. Er rief die Vertreter der „gesteigerten Arbeitsleistung“, die Anhänger der Taylor'schen Methode in die Schranken.

Eingegangene Druckchriften.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 6 des 7. Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Die Gewerkschaften und der Krieg. Von Fritz Larnow. - Verit Geographie! Von Heinrich Schulz.

Die Konsumvereinsbewegung in Großbritannien. Von Theodor D. Cassan. Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1915. 230 Seiten. Preis gebunden 6 M.

Die Frauen und der Krieg. Von Lily Braun. (Zwischen Krieg und Frieden. 17. Heft.) Verlag von S. Hirzel in Leipzig. 53 Seiten. Preis 80 Pf.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgelesen.) Samstag, 20. März: Posen (Gehungsmont.) Jacoby, 8 Uhr.

Sonstige Anzeigen

- Seilenwickler für dauernde Arbeit sofort gesucht. C. Steders & Sohn, Braunschweig. Suche zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen Schleifer. C. Steders & Sohn, Braunschweig.